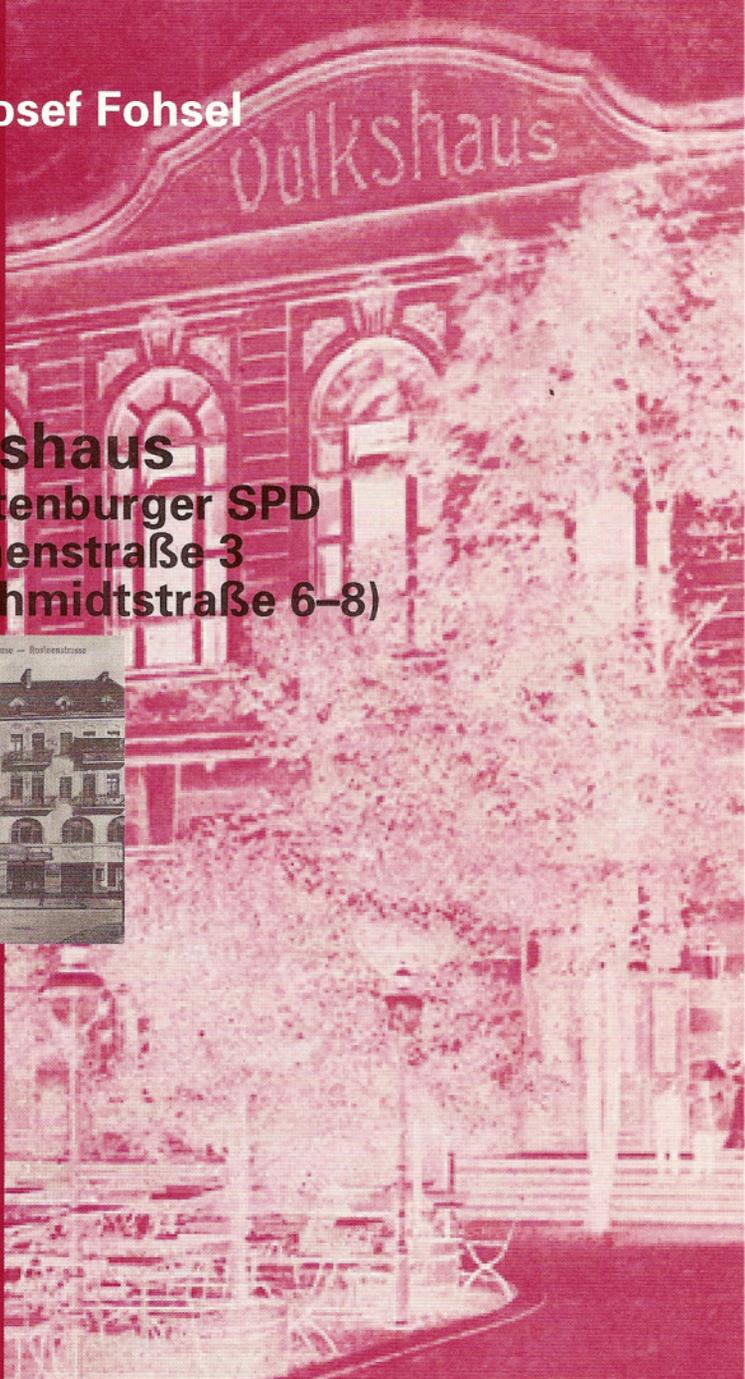


Hermann-Josef Fohsel

**Das Volkshaus
der Charlottenburger SPD
in der Rosinenstraße 3
(heute Loschmidtstraße 6–8)**



Bezirksamt von Berlin-Charlottenburg

Abt. PV Kultur /

**HEIMATMUSEUM
CHARLOTTENBURG**

Das Volkshaus
der Charlottenburger SPD in der Rosinenstraße 3
(heute Loschmidtstraße 6-8)

Zum Autor:

Hermann-Josef Fohsel, geb. 1948, ist Theaterkritiker, hat sich seit 1987 mit Forschungen zur Geschichte Charlottenburgs beschäftigt und viele Jahre das Gedenktafel-Programm dieses Bezirks betreut.

Umschlagfotos:

Das Volkshaus, Straßenfront und der Saalbau auf dem Hof.
Privatarchiv Werner Jockeit

Hermann-Josef Fohsel

**Das Volkshaus
der Charlottenburger SPD
in der Rosinenstraße 3
(heute Loschmidtstraße 6-8)**

Bezirksamt von Berlin-Charlottenburg,
Abt. PV Kultur / **HEIMATMUSEUM**
CHARLOTTENBURG
Berlin 1995



Die Erstellung der vorliegenden Broschüre ist auf Initiative der BVV Charlottenburgs erfolgt. Mit der Dokumentation zur Geschichte des einstigen 'Volkshauses' in der Rosinenstraße 3 wird nicht nur ein Beitrag zur Erforschung der Bezirksgeschichte geleistet. Es soll auch eine Einrichtung in das Gedächtnis gerufen werden, die einmal für viele Charlottenburgerinnen und Charlottenburger von großer Bedeutung gewesen, ein Ort, der eine zeitlang, nämlich seit den Jahren des Nationalsozialismus auch mit schrecklichen Erinnerungen verknüpft ist. Vor allem aber soll mit dieser Schrift das politische Engagement der Bürgerinnen und Bürger dieses Bezirks eine Würdigung erfahren sowie andere dazu ermuntern, sich ebenfalls in unserer Gesellschaft zu engagieren.

Monika Wissel
Bezirksbürgermeisterin von
Berlin-Charlottenburg



Vorbemerkungen	9
Das Volkshaus als Kultur- und Kommunikationszentrum der Arbeiterbewegung	10
Das Volkshaus der Charlottenburger SPD	14
Das ehemalige Volkshaus als „wildes“ Konzentrationslager	32
Das ehemaligen Volkshaus nach 1933	35
Bibliographie	37

Vorbemerkungen

Die Geschichte des Volkshauses zu schreiben, gestaltet sich als recht schwierig, da dafür nur wenige Quellen zur Verfügung stehen. Außer der Bauakte Rosinenstraße 3 gibt es keine unveröffentlichten Akten zum Hause. Weder das Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, noch das ehemalige Parteiarchiv der SED besitzen Unterlagen über das Volkshaus, sodaß weder Aussagen über die Organisation und die Mitglieder der „Volkshaus GmbH“, noch über die Finanzierung gemacht werden können. Als sicher kann man annehmen, daß die Initiatoren des Volkshauses, die Charlottenburger Stadtverordneten der SPD Paul Hirsch, Curt Baake und Görke, persönlich haftende Gesellschafter der GmbH waren. Aber auch die mir bekannte Literatur über Volkshäuser geht mit keinem Wort auf das Charlottenburger Volkshaus ein. Erst mit dem Jahr 1933 wird in Veröffentlichungen von dem Charlottenburger Volkshaus berichtet, da sich in seinen Kellerräumen ein „wildes“ Konzentrationslager der SA bis November 1933 befand. Einzig der Berliner *Vorwärts* hatte zuvor hin und wieder, wenn auch nur in Form kurzer Mitteilungen Meldungen über Beginn und Art von Veranstaltungen im Volkshaus veröffentlicht. Diese Mitteilungen verschwinden dann nach 1920 fast ganz aus seinen Spalten. Ein Grund dafür mag gewesen sein, daß das Volkshaus nach der Bildung der neuen

Stadtgemeinde Groß-Berlin für Charlottenburg seine zentrale Bedeutung verloren hatte, gab es doch in Berlin diverse SPD-eigene Volks- und Gewerkschaftshäuser. Ein anderer Grund mag darin zu suchen sein, daß sich nach 1920 im Volkshaus nur noch Büroräume der SPD und ihr angeschlossener Organisationen befanden und daß das Saalgebäude für Veranstaltungen nicht mehr genutzt wurde. All dies ist zu berücksichtigen beim Lesen der folgenden Ausführungen zum Volkshaus.

Das Volkshaus als Kultur- und Kommunikationszentrum der Arbeiterbewegung

Seit Beginn der organisierten Arbeiterbewegung in Deutschland gab es in ihr Bestrebungen, mit der Schaffung von „Gewerkschafts- oder Volkshäusern“ dem Proletariat eigene Kultur- und Kommunikationszentren zur Verfügung zu stellen. Denn das Fehlen der Verfügungsgewalt über Räume und Gebäude stellte für die Arbeit der Arbeitervereine ein kaum zu übersehendes Hindernis dar. So kann man unter anderem in den Statuten des Leipziger Arbeitervereins von 1848 lesen, daß man plane, „durch fortlaufende Beiträge seiner Mitglieder eine gemeinschaft-

¹ Karl Kautsky, Der Alkoholismus und seine Bekämpfung, Die Neue Zeit, Bd. 9/II, p. 1 ss

liche Wirtschafts- und Speiseanstalt zu gründen und zu unterhalten“. Besonders stark wurde das Fehlen eigener Räumlichkeiten unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes empfunden. Während dieser Zeit entstanden die klassischen Arbeiterkneipen, die für Karl Kautsky ein zentrales Moment einer autonomen Arbeiterkultur darstellten. „Gelänge es der Temperenzlerbewegung in Deutschland, ihr Ziel zu erreichen und die deutschen Arbeiter in Massen zu bewegen, das Wirtshaus zu meiden und sich außerhalb der Arbeit auf das ihnen so verlockend geschilderte Familienleben zu beschränken, ... dann hätten sie erreicht, was dem Sozialistengesetz niemals auch nur annähernd gelungen: der Zusammenhalt des Proletariats wäre gesprengt; es wäre auf eine Masse zusammenhangloser und daher auch widerstandsloser Massen reduziert“.¹ Um sich nicht mehr den Launen der Besitzer von Wirtshäusern auszusetzen, die sich immer öfter als verlängerter Arm des Staates gerierten und unter fadenscheinigen Begründungen Arbeitern die Möglichkeit nahmen, sich in ihren Räumen zu versammeln, wurden immer mehr Kneipen von politisch organisierten Arbeitern zum Teil selbst übernommen und geführt. So konnte einerseits wenigstens eine halbwegs ungehinderte Organisations-tätigkeit entfaltet werden; andererseits gab es als Nebeneffekt ökonomisch unabhängige Parteifunktionäre. Der heute noch bekannteste aus dieser Riege war der spätere erste Reichspräsident Friedrich Ebert, der in der Bremer Neustadt (Brautstraße 16) ein „Versammlungslokal für

Clubs und Vereine“ unterhielt. Allerdings hatte die Tatsache, daß die SPD eigene Kneipen betrieb und dort politische Versammlungen durchführte, auch zur Folge, daß die bürgerlichen Parteien und ihre Presse das Vorurteil in die Welt setzen konnten, daß sozialistische Politik Wirtschaftspolitik sei und unter Alkoholeinfluß entstünde, um so die SPD als Ganzes zu diskreditieren.

All dies führte gegen Ende des 19. Jahrhunderts in der Partei und in der Gewerkschaftsbewegung zu Überlegungen, dem Proletariat eigene Begegnungsstätten für Bildung, Kultur, Politik und Geselligkeit zu schaffen, mit denen Arbeiter aus dem Dunstkreis des Wirtshauses herausgeführt werden sollten. Das in diesem Zusammenhang entstehende Volkshaus sollte eine Gegeninstitution zu bürgerlichen Orten wie Theater, Bibliotheken, Ballhaus etc. sein, ein Zentrum proletarischer Gegenöffentlichkeit.

Die ersten Volkshäuser, die oft in Selbsthilfe entstanden, enthielten meistens einen Hauptraum für Versammlungen und Vorträge, eine einfache Bühne für Konzert und Theater, außerdem eine Bibliothek und gastronomische Einrichtungen. Dieser Gedanke, den „Unterprivilegierten“ eine eigene Einrichtung zur Freizeitgestaltung einzurichten, fand recht bald auch seinen Eingang in bürgerlich-reformistische Kreise, und so entstanden in den größeren Städten „Volkshausbewegungen“, die zu Gründungen von „Volkshäusergesellschaften“ führten. Doch diese sind zu unterscheiden von den durch die SPD oder die Gewerkschaften hervorgebrachten autonomen Volks-

2 Clara Zetkin,
Kunst und
Proletariat.
Stuttgart 1911,
p. 14 s

häusern. Was die bürgerlich-reformistischen Volkshäuser mit denen der Arbeiterbewegung verband, war die Architektur und der Aufbau. Das hat dann auch bald Kritiker in den eigenen Reihen auf den Plan gerufen. So klagte Clara Zetkin: „Unsere Gewerkschafts-, Volks- und Geschäftshäuser unterscheiden sich in ihrem Stil – Stil als äußere Form inneren Lebens gefaßt – in nichts von irgendwelchen bürgerlichen Geschäfts- oder Verkehrshäusern. ... Kurz, das geistige Leben der Arbeiterklasse hat bis jetzt noch nicht den geringsten Ausdruck in der architektonischen Formensprache gefunden“.² Das sollte sich erst in den 20er Jahren ändern, als sich Bauhaus-Architekten mit der Planung von Volkshäusern beschäftigten. So entwarf der Berliner Architekt Wassili Luckhardt, Mitglied des Arbeiterrates für Kunst, 1920 für Charlottenburg ein neues Volkshaus. Der idealtypische Entwurf sollte jedoch nie realisiert werden.

Mit der „Machtübernahme“ der Nationalsozialisten 1933 endete auch der Volkshausgedanke als eine Manifestation der Arbeiterbewegung durch die Zerschlagung sämtlicher Volkshäuser.

Das Volkshaus der Charlottenburger SPD

Die Geschichte des Charlottenburger Volkshauses beginnt am 4. Juli 1901, als der Baumeister Kurt Berndt bei der Königlichen Bauinspektion Charlottenburg ein Baugesuch für ein Wohn- und Geschäftshaus auf dem Grundstück Rosinenstraße 3 (heute: Loschmidtstraße) beantragt. Am 26. Juli 1901 ergeht an ihn der Bescheid, daß seinem Bauvorhaben nichts im Wege stehe, er aber ersucht werde, den Bürgersteig vorschriftsmäßig zu befestigen. Als er dies zusicherte, wird ihm am 19. August 1901 „grünes Licht“ gegeben. Er darf auf dem Grundstück bauen:

- a) **ein Wohngebäude**, bestehend aus:
 - 1) einem Vorderhaus,
19,97 m lang, 13,0 m breit, 15,01 m bzw. 19,0 m hoch
 - 2) einem linken Seitenflügel,
23,30 m lang, 6,50 m breit, 19,0 m hoch
- b) **einem Saalgebäude**, bestehend aus
 - 1) einem Quergebäude,
40,87 m lang, 15,0 m breit, 17,60 m hoch
 - 2) einem rechtsseitigen Treppenhauseanbau,
9,67 m lang, 6,23 m breit, 13,40 m hoch
 - 3) einem linksseitigen Anbau,
11,60 u. 2,21 m lang, 5,71 m breit, 13,40 m hoch
 - 4) drei Treppen.

Am 15. September 1901 richtete Kurt Berndt folgendes Gesuch an die Baupolizei: „Das Grundstück Rosinenstraße 3 zu Charlottenburg habe ich für die sozialdemokratische Fraction Charlottenburg unter persönlicher Haftung der drei Stadtverordneten Hirsch, Baake und Görke mit einem Gewerkschaftshaus zu bebauen.

Die Rosinenstraße ist eine schmale, fast enge, nur 15,00 m breite Strasse. Da nun das Gewerkschaftshaus als solches auch vor den anderen, umliegenden Gebäuden hervortreten soll und um es als ein, der Allgemeinheit dienendes kenntlich zu machen, ist die Strassenfront des Grundstückes um 3,0 m hinter die Baufluchtlinie zurückgerückt worden, sodass nunmehr 18,0 m Straßenbreite vor der Front liegen. Somit steht dem logischen Gesetz nichts entgegen, dass die Front nunmehr auf 18,0 m erhöht werden kann.

Meine Bitte geht nun dahin, zu gestatten, dass die Front 18,0 m hoch von mir hergestellt werden kann.

Zur Begründung führe ich folgendes an.

Das Grundstück ist, wie aus dem beiliegenden Plane ersichtlich wird, im Verhältnis zu seiner Grösse mit einer nur recht schmalen Front ausgestattet. Es wäre aber sehr erwünscht, da das Grundstück doch einem allgemeinen Zwecke dienen soll, dass darauf Werth gelegt wird, dass dasselbe auch an der Strassenseite sich vor den umliegenden Baulichkeiten abhebt und als eins der Allgemeinheit dienendes auch durch die Facade kenntlich wird.

Durch die Baupolizei ist die Bebauung in einer Höhe

von 15,0 m mit Erdgeschoß und vier darüber befindlichen Etagen genehmigt, wobei die letzte bewohnbare Etage also die IV., als Mansardengeschoss ausgebaut werden muss. Wenn mir also gestattet wird, 18,0 m hoch zu bauen, und die IV. Etage voll auszubauen, so ist der Vortheil, den ich dadurch habe nur im Ansehen des Hauses zu suchen, was ja auch meine Absicht ist. Ein Gewinn ergibt sich dabei für mich nicht, weil mit ja schon 15,0 m Höhe Erdgeschoss und 4 bewohnbare Stockwerke zur Verfügung stehen.

Lediglich, um dem Grundstück vor den umliegenden mehr Ansehen zu geben, habe ich die Strassenfront zurückgerückt und bitte, meinem sehr ergebenen Ansuchen, die Facade, wie aus der Zeichnung ersichtlich ist, ausbauen zu dürfen, stattzugeben.“³ Aber da war der Architekt an die Richtigen geraten. Wo käme der Staat hin, wenn dem Anliegen von Sozialdemokraten, ein Haus architektonisch zu verschönern, stattgegeben würde. Und so war der Ablehnungsbescheid kurz und knapp. „Dem Antrag vom 15. September d. Js. auf Zulassung einer grösseren Fronthöhe für den Neubau Rosinenstrasse 3 auf Grund der im letzten Satz des § 3 Ziffer 1 a der Baupolizeiordnung vom 22. August enthaltenen Bestimmungen kann nicht entsprochen werden; es können solche Ausnahmen nur gewährt werden, wenn das Zurücktreten sich auf eine grössere Zahl zusammenhängender Vordergebäude erstreckt und dadurch ein ganzer Strassentheil eine Verbreiterung erfährt oder wenn ein stärkeres Hervorheben des mittleren Gebäudetheils aus ästhetischen Gründen angezeigt er-

3 Bauakte
Rosinenstraße 3

4 Ebenda

scheint, nicht aber wenn ein einzelner Eigenthümer aus Privatrücksichten eine grössere Gebäudehöhe anstrebt. 4 Zeichnungen erfolgen anbei zurück.“⁴ Der Kampf um die Bauhöhe nahm dann im folgenden absurden Charakter an. Briefe wechselten hin und her. Aber die Baupolizei war zu keinem Kompromiß bereit. Kurt Berndt zog entnervt seinen Antrag zurück, wohl um die rechtzeitig Fertigstellung des Hauses nicht zu gefährden.

Am 7. November 1901 war der Rohbau für das Vorderhaus und den Seitenflügel fertiggestellt und am gleichen Tag baupolizeilich abgenommen. Das Saalgebäude folgte am 28. November.

Am 2. April 1902 richtete dann der Bauherr folgende Eingabe an den Königlichen Polizei-Präsidenten von Berlin: „Das mir gehörige Grundstück Rosinenstrasse 3 zu Charlottenburg ist neu bebaut worden, und hat ein Vorderhaus zu Wohnzwecken erhalten und auf dem hinteren Teile einen Saalbau zu Restaurationszwecken.

Für den Saalbau kann ich terminlich erst am 28. ds. Mts. die Erlaubnis zur Ingebrauchnahme erhalten.

Da die übrigen Räume des Grundstückes jedoch schon zum 1. ds. Mts. bezogen und vermietet worden sind, so bitte ich, mir gütigst gestatten zu wollen, den Saalbau ebenfalls in Gebrauch nehmen zu dürfen; derselbe ist zum 1. April ds. Js. vermietet worden, und entstehen mir große Kosten und Schäden durch die Verquickung einer Reihe, nicht durch mich verschuldeter Umstände hervorgerufene Verspätung.

Zur Begründung meines ergebenen Ansuchens führe ich an, daß die Restaurationsräume ja eigentlich einen dauernden Aufenthalt von Menschen nie aufweisen, da wohl niemand sich 10 Stunden lang in einem Restaurant festsetzen dürfte. Sogar die Bedienung dürfte sich in dem vorliegenden Falle, da die Räume vorwiegend Vereinszwecken gewidmet sind, nicht so viele Stunden in denselben aufhalten. Für die Küche würden Bedenken ja kaum in Betracht kommen. Einmal wird durch die große Kochmaschine in diesem Raum eine solche Hitze erzeugt, daß die Austrocknung dieses Raumes in kürzester Zeit erfolgt sein wird. Außerdem ist der Aufenthalt in einer Küche, auch wenn sie für den dauernden Aufenthalt von Menschen frei gegeben ist, zum dauernden Aufenthalt nie geeignet.

Die Höhe der Räume im Saalbau, dieselbe beträgt im Saale 9,00 m im übrigen 5,00 m wobei überall doppelte Ventilation gesorgt ist, und wobei ich während der letzten Monate ununterbrochen vermittelt eiserner Oefen in allerschärfster Weise habe heizen lassen, ist derartig, daß eine Gefährdung für die Gesundheit der, sich in diesen Räumen aufhaltenden Personen, und wenn dieser Aufenthalt thatsächlich ein dauernder wäre, nie eine Schädigung der Gesundheit dieser Personen eintreten kann. Der geräumige, sehr geräumige, große Hof, sorgen für genügend Licht und Luft.

Ich bitte daher nochmals, in gütige Erwägung zu nehmen, ob mir nicht die Ingebrauchnahme des Saalbaues

schon jetzt gestattet werden kann. Ich würde die Erfüllung dieses Wunsches vor den recht unliebsamen Konsequenzen bewahrt bleiben, welche eine nicht rechtzeitige Uebergabe an den Mieter stets im gefolge hat.“⁵ Nein, auch diesem Ersuchen wurde nicht stattgegeben. Wo käme eine Königliche Baupolizei denn hin, stimme sie zu, daß Räume für sozialdemokratische, gegen das Kaiserreich gerichtete Umtriebe schon vor ihrer staatlichen Kontrolle freigegeben würden? Und so verzögerte sich die polizeiliche Abnahme bis zum 30. April.

Die feierliche Eröffnung war für den 4. Mai vorgesehen, aber bereits am 1. Mai öffneten sich zum ersten Mal die Pforten des Volkshauses. In seinen Räumlichkeiten fand die örtliche Maifeier der Gewerkschaften und der SPD statt. Im großen Saal des Volkshauses sprach der Reichstagsabgeordnete Eduard Bernstein vor mehr als 1200 Zuhörern. Der Inhalt seiner Rede ist leider nicht überliefert. Ebenso wenig wie die Rede der Genossin Ida Altmann, die vor 600 Zuhörern im kleinen Saal sprach. Für die Charlottenburger Arbeiterbewegung war die Feier zum 1. Mai 1902 ein voller Erfolg. Mit Genugtuung und Stolz registrierten sie, daß es ihnen in so kurzer Zeit gelungen war, ein eigenes Heim als Zentrale ihrer politischen, gewerkschaftlichen und geselligen Bestrebungen zu schaffen.

Daß dies so schnell ging, ist der persönlichen Initiative und Tatkraft eines bedeutenden Charlottenburger Sozialdemokraten zu danken, Paul Hirsch.

Paul Hirsch wurde am 17.11. 1868 in Prenzlau geboren. Seine Familie übersiedelte in den 70er Jahre nach Berlin, wo er von 1879 bis 1888 das Gymnasium zum Grauen Kloster besuchte. Nach seinem Abitur studierte er zuerst Medizin und dann Nationalökonomie und Sozialwissenschaften an der Berliner Universität. Während seines Studiums schloß er sich einer studentischen Reformgruppe an und wurde Mitglied der SPD. Nach seinem Studium arbeitete er zunächst als Journalist. Zusammen mit Curt Baake gab er eine Parlamentskorrespondenz heraus. Der Schwerpunkt seiner politischen Tätigkeit lag in der Kommunalpolitik. Von 1900 bis 1921 amtierte er als Stadtverordneter in Charlottenburg und Berlin. In der Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung avancierte er sehr schnell zum Gegenspieler von Oberbürgermeister Schustehrus. 1908 zog er mit den ersten Sozialdemokraten in das Preußische Abgeordnetenhaus ein. Als Fraktionsvorsitzender war er bemüht, zwischen den Flügeln der Partei, die sich über die Bewilligung der Kriegskredite zerstritten hatten, zu vermitteln. Nach der Spaltung der Sozialdemokratie in der Folge der Novemberrevolution schloß er sich der Mehrheitsfraktion an. Am 12.11.1918 ernannte der Zentralrat des Arbeiter- und Soldatenrates Paul Hirsch neben Heinrich Ströbele von der USPD zum Präsidenten des preußischen Staatsministeriums. Parallel dazu leitete er das preußische Innenministerium. 1919 wurde er in seinem Amt bestätigt. Nach der Niederschlagung des Kapp-Putsches 1920 trat er von seinem Amt

als preußischer Regierungschef zurück, blieb aber weiterhin Landtagsabgeordneter bis 1924. Von 1920 bis 1921 amtierte er als parlamentarischer Staatssekretär im Wohlfahrtsministerium. Von 1921 bis 1925 wurde er zum stellvertretenden Bürgermeister von Charlottenburg gewählt. Im November 1925 ernannte man ihn zum Oberbürgermeister von Dortmund. 1933 jagten ihn die Nationalsozialisten aus seinem Amt. Paul Hirsch kehrte nach Charlottenburg zurück, wo er am 1.8.1940 72-jährig starb.

Zurück zu seinem „Kind“, dem Volkshaus der SPD.

Am Sonntag, dem 4. Mai 1902, fand die ersehnte feierliche Eröffnung des Volkshauses statt. Zu Tausenden strömten die Charlottenburger Arbeiter, aber nicht nur diese, in die Rosinenstraße, um der Einweihungsfeierlichkeit beizuwohnen. Doch schon am Vortag fand in einem internen Kreis vor geladenen Gästen eine kleine Feier statt, an der auch Mitglieder des Charlottenburger Magistrats, – wie der Stadtrat Ignatz Jastrow, – teilnahmen. Außerdem waren die Söhne Wilhelm Liebknechts, Karl und Theodor, anwesend sowie Leo Arons und die Architekten des Volkshauses, Scharnke und Berndt. Paul Hirsch ging in seiner leider ebenfalls nicht überlieferten Eröffnungsansprache auf die Entstehungsgeschichte des Volkshauses ein und erläuterte die Einrichtungen und die Funktion des Baues. Anschließend fand ein Rundgang statt.

Wie präsentierte sich aber das Volkshaus den zu den Feierlichkeiten strömenden Genossen?

Die Straßenfront wurde von einem Privathaus mit einem kleinen Vorgarten eingenommen, dessen erste Etage von der Allgemeinen Ortskrankenkasse auf zehn Jahre gemietet worden war. Die übrigen Räume des Vorderhauses waren ebenso wie die des Seitenflügels als Wohnungen mit 2-4 Zimmern eingerichtet. Über einen gartenartigen Hof gelangte man dann in das eigentliche Volkshaus. Das Erdgeschoß enthielt zwei Säle, von denen einer dem allgemeinen Publikumsverkehr und Restaurationszwecken diente, während der angrenzende Raum ein Versammlungsaal war, der etwa 600 Personen faßte. Eine breite Treppe führte in den 1. Stock, der – abgesehen von einem Buffet- und Garderobenraum – von dem großen Fest- und Versammlungsraum für etwa 1200 Personen eingenommen wurde.

Über die eigentliche Feier berichtet der *Vorwärts* am 6. Mai folgendes:

„Am Sonntag schien es zuerst fast, als sollte ein unbehagliches Regenwetter die Feier des Volkes beeinträchtigen; als wenn es noch April wäre, so wechselten um die Mittagszeit Regenschauer und kurze Sonnenblicke mit einander ab. Dann aber verzogen sich die Wolken ... Schon von 3 Uhr an begann sich der große Festsaal zu füllen, um 4 Uhr, der für den Beginn der Feier festgesetzten Stunde, war kaum nach ein Plätzchen zu bekommen, und noch eine halbe Stunde später war nicht nur der große Saal und seine Galerie überfüllt, sondern in allen Räumen des Gebäudes, in den Parterresälen, im Garten, ja selbst im Sou-

terrain, wo vier Kegelbahnen untergebracht sind, wogte eine frohe Menge, Genossen und Genossinnen jeden Alters ... Es mochten sich im ganzen 3-4000 Menschen zusammengefunden haben, aber trotz der drängenden Fülle störte kein Mißton, keine Zwistigkeit die wohlgelungene Feier, die mit Musikdarbietungen einer trefflichen Kapelle eingeleitet wurde. Dann sprach die Genossin Liedtke einen Prolog, der die Hoffnungsfreudigkeit des Proletariats, aus den Bedrängnissen und der Not der Gegenwart zu einer glücklicheren Zukunft hinaufzusteigen, zu schönem Ausdruck brachte. Es folgten mit lebhaften Beifall aufgenommene Gesangsvorträge der vereinigten Charlottenburger Arbeiter-Gesangsvereine und darauf der gemeinsame Gesang des Socialistenmarsches. ... Im unteren Saal begannen sich die jungen Leute zum Tanz zusammenzufinden, während Väter und Mütter und die ganz Kleinen oben bei Kaffee und Bier bei einander blieben. ... Dann nahm das Fest seinen Fortgang. Ein allegorisches Festspiel „Der Sieg des Lichtes“ von H. Kränkel wurde wirkungsvoll und begeisternd dargestellt, und endlich gab ein Ballvergnügen der Feier, die allen Teilnehmern unvergeßlich bleiben wird, den fröhlichen Abschluß.

So möge denn das Charlottenburger Volkshaus, diese Warte der organisierten Arbeiterschaft, sich entwickeln im Geiste des schönen, leuchtenden Maientags seiner Einweihung, in dem ernsten, ungebrochenen Geiste des Proletariats!“⁶ Das, was hier vom *Vorwärts* so emphatisch gefeiert wurde, war der *Charlottenburger Bürgerzeitung*

6 *Vorwärts* vom
6. Mai 1902

nicht eine Zeile wert gewesen. Man strafte das „Arbeiter-ratshaus“⁷ Charlottenburgs einfach durch Nichtbeach-tung. Das sollte sich auch in Zukunft nicht ändern. Was soll's, die SPD hat's überlebt, die *Charlottenburger Bürger-zeitung* nicht.

Das Volkshaus sollte für zwei Dekaden das Domizil der Charlottenburger SPD und der ihr angegliederten oder nahestehenden Organisationen werden. So befand sich in seinen Räumen das Arbeiterjugendheim der „Sozialisti-schen Arbeiterjugend“, das für alle „jugendlichen Arbei-ter und Arbeiterinnen“ täglich geöffnet war. Bei freiem Eintritt konnte sich hier die „junge Garde“ der Partei, aber auch Sympathisanten bei Diskussionsveranstaltungen und in Lesezirkeln fortbilden. Der Charlottenburger Volksbühnenverein hatte im Haus eine Zahlstelle, und bis Mai 1906 fanden seine Veranstaltungen im Saalgebäude des Volkshauses statt. Die letzte Veranstaltung der Freien Volksbühne im Volkshaus kündigte der *Vorwärts* wie folgt an: „Ein volkstümlicher Rezitationsabend, zu dem auch Nichtmitglieder als Gäste Zutritt haben, wird von dem Verein Freie Volksbühne Charlottenburg am Sonn-tag, den 27. Mai 1906, abends 8 Uhr, im Volkshaus veran-staltet. Das Programm beginnt mit der Rütli-Szene aus Schillers 'Tell' und bringt alsdann eine Reihe der schön-sten Dichtung ernstern und humoristischen Charakters aus dem 'Buch der Freiheit'. ... Den Abschluß bildet gesel-liges Beisammensein“.⁸ Danach zog man ins Schiller-Theater (Ost) um. Ab 1907 fand die Freie Volksbühne dann

7 Vgl. Wolfgang Niess, Volks-häuser, Freizeit-heime, Kommuni-kationszentren. Zum Wandel kultureller Infrastruktur sozialer Bewe-gungen. Beispiele aus deutschen Städten von 1848 bis 1984. Hagen 1984, p. 19

9 *Vorwärts* vom 18. Mai 1902

8 *Vorwärts* v. 20. Mai 1906

für einige Jahre im Charlottenburger Schiller-Theater eine zeitweilige Heimstatt. Sämtliche Parteiveranstaltungen wurden im Volkshaus abgehalten. Besonders beliebt waren solche mit prominenten Genossen, die sich immer eines regen Besuches erfreuen konnten. So am Donnerstag, dem 15. Mai 1902, als August Bebel zu einer öffentlichen Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins Charlottenburgs kam. Im *Vorwärts* konnte man einige Tage später lesen: „Am Donnerstag fand im Volkshaus, dem eigenen Heim, die erste, von ca. 1400 Per-sonen besuchte öffentliche Versammlung des Wahlvereins statt, in welcher Genosse August Bebel einen sehr interes-santen, mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über 'Deutschlands Entwicklung im 19. Jahrhundert' hielt. Mit einem Appell an die Anwesenden, in der politischen Tätigkeit nicht zu erlahmen, sich dem Wahlverein anzu-schließen, um jederzeit gerüstet zu sein, wurde die impo-sante Versammlung, nachdem eine ganze Anzahl Genos-sen sich zum Beitritt in den Wahlverein bereit erklärten, geschlossen.“⁹ Einen Einblick in die Kommunalarbeit der SPD in Charlottenburg zu Beginn unseres Jahrhunderts gibt ein Bericht über die ordentliche Generalversamm-lung des sozialdemokratischen Wahlvereins Charlotten-burgs:

„Der sozialdemokratische Wahlverein Charlottenburg hielt am 22. Mai (1902) im großen Saal des Volkshauses seine ordentliche Generalversammlung ab. Stadtverord-ner Dr. Borchardt sprach daselbst über 'Kommunale

Streitfragen'. Redner hielt es für dringend notwendig, sich in den Vereinsversammlungen mehr wie bislang mit kommunalen Angelegenheiten zu beschäftigen, weil die Parteipresse infolge chronischen Raummangels dieses Feld nur sehr ungenügend beackern könne. Er ging sodann auf die Ursachen der Charlottenburger Finanzklemme und den städtischen Millionerpump ein und legte klar, daß bei einer gerechten, vernünftigen Besteuerung hauptsächlich aber bei der von uns angestrebten Überführung des Grund und Bodens in Gemeineigentum, derartige Finanzkalamitäten einfach unmöglich sein würden. Seine Stellungnahme zu dem 10 Millionenprojekt betr. die durch Verbreiterung der Bismarckstraße zu bewirkende Anlage einer Prachtstraße von den Linden bis zum Grunewald präziserte er dahin, die Stadt würde jedenfalls gut daran thun, das bekannte Anerbieten der Regierung anzunehmen, wonach der Stadt 180 Morgen Waldterrain zum Preise von 400 M. pro Morgen unter der Bedingungen zur Verfügung gestellt sind, daß die geplante Straße eine Breite von 50 Meter erhält. – Da diese Ausführungen den teilweisen Widerspruch der Genossen Störer, v. Ooppel und Menge zur Folge hatte, so wurde die weitere Diskussion hierüber im Hinblick auf die noch zu erledigenden Punkte vertagt.

Den Bericht des Vorstandes gibt Baake. Danach haben trotz der bislang so schwierigen Lohnverhältnisse die Genossen eine eifrige Thätigkeit für die Partei entfaltet. Zeugniss hiervon legen ab: die präzise Landagitation, die

10 *Vorwärts*
vom 24. Mai 1902

mustergültig verlaufene Arbeitslosenzählung sowie die rege Beteiligung an den Kommunalwahlen. Jetzt aber, nachdem die Lokalschwierigkeiten durch Schaffung des Volkshauses behoben seien, gelte es noch mehr zu tun als bisher. Zwecks Gewinnung von Anhängern würden in Zukunft außer den regelmäßigen Versammlungen noch außerordentliche abgehalten werden. Neuaufnahmen erfolgten im Laufe des Quartals 80, so daß der Verein gegenwärtig über 900 Mitglieder zählt. Hierauf gab Paasche den Kassenbericht. Die Einnahmen betragen 476,49 M., der eine Ausgabe von 410,68 M. gegenüberstand.¹⁰

Großen Zulauf hatten auch die zahlreichen Veranstaltungen des Bildungsausschusses der Partei, die sich so unterschiedlicher Themen wie: 'Einführung in die Biologie, Leben und Lebensform' oder 'Religion und Sozialdemokratie' annahmen. Regelmäßig hielt der „Elternverein für freie Erziehung“ im Volkshaus Spielnachmittage ab oder veranstaltete Vortragsreihen, die sich mit neueren Erziehungsmethoden auseinandersetzten. Vierteljährlich lud er zu Märchenaufführungen in den Großen Saal ein.

Sonntags fanden am Nachmittag meistens Konzerte des Berliner Symphonie-Orchesters zum Eintrittspreis von 20 Pf. statt, die sich wachsender Beliebtheit erfreuten, auch weil anschließend zum Tanz aufgespielt wurde.

Im Frühjahr 1906 stellte der „Ökonom“ des Volkshauses einen Antrag, gewerbsmäßig Theateraufführungen durchführen zu dürfen. Am 7. Juni 1906 erhielt er folgen-

den Bescheid: „Dem Schankwirt Paul Reinhardt wird hiermit die Erlaubnis zur gewerbsmäßigen Veranstaltung von Singspielen, Gesangs- und deklamatorischen Vorträgen, Schaustellungen von Personen und theatralischen Vorstellungen, ohne daß ein höheres Interesse der Kunst oder Wissenschaft dabei obwaltet (§ 8 33 a der Reichs-Gewerbeordnung) im Hause Rosinenstraße 3 ... erteilt.

- I. Betreffs der im Erdgeschoß des Vorderhauses liegenden Schankkräume
- II. Betreffs des im Hochparterre des Quergebäudes liegenden Saales. ...
 8. Die zulässige Anzahl Besucher (300 Personen) ist auf einem an der Wand zu befestigenden Schild oder auf der Wand selbst deutlich anzugeben.
- III. Betreffs des im 1. Stock liegenden Saales und Vorsaales
....
 9. Die zulässige Anzahl der Besucher (628 Personen) ist auf einem größeren als dem vorhandenen Schilde ... oder durch eine Inschrift auf der Wand anzugeben.“¹¹

Ein Tag bevor der Bescheid von der Baupolizei an den Wirt des Volkshauses erging, trafen sich in Nowawes bei Berlin mehrere Arbeiterlaienspielbünde. Nach langer Diskussion schlossen sie sich zum „Bund der Theater- und Vergnügungsvereine Charlottenburgs“ zusammen (ab 1908 Bund der Arbeiter-Theater-Vereine Deutschlands, seit 1913

11 Bauakte
Rosinenstraße 3

dann Deutscher Arbeiter-Theater-Bund – DATB) mit Sitz im Volkshaus. Von nun an fanden die Aufführungen des Bundes im Volkshaus statt. Was wann zur Aufführung kam, ist nicht überliefert. Die sozialdemokratische Presse nahm von seinem ungeliebten „Stiefkind“ Arbeitertheater kaum Notiz. Warum dies so war, mag der Brief eines Mitglieds vom Bildungsausschuß der SPD dokumentieren, der in der *Volksbühne*, dem Organ des Deutschen Arbeiter-Theater-Bundes veröffentlicht wurde, belegen: „Nur eines habe ich bei den Arbeiter-Theatervereinen schmerzlich vermißt, Fleiß und Achtung vor der dramatischen Darstellung. Die Vereine suchen alle Werke wahllos und skrupellos heraus, und selbst die größten Dichter, Ibsen, Björnson, Hauptmann, Halbe, Schönherr und andere sind nicht sicher vor Mißhandlungen von seiten der Dilettanten, die schon manchem erschütternden Drama zu großem Lacherfolg verholten haben ..., aber da werden die größten Dramen mit drei bis vier flüchtigen Proben, bei denen gewöhnlich noch verschiedene Mitwirkende fehlen, ohne sachkundige Regie herausgeworfen, und hilflos stottern die Dilettanten nach, was ihr ungeübtes Ohr vom Souffleur, der gewöhnlich der lauteste Sprecher ist, zufällig aufgenommen hat.“¹² Daß es Probleme mit den Laienaufführungen gab und dadurch mit der Partei, war dem Verein schon länger bekannt. Über eine Krisensitzung aller Berliner Theatervereine im August 1909 berichtet die *Volksbühne*: „Wenn man z.B. einer Theater-Aufführung eines Vereins beiwohnt, könne man die Wahrnehmung

12 Die Volksbühne, Nr. 12, September 1911

machen, daß sehr wenige Mitglieder die zu spielende Rolle beherrschen. Der größte Teil der Spieler vertrete die Rolle so unglücklich, daß das Stück niemals seine volle Wirkung ausüben könne. Dies habe zur Folge, daß die Gäste die Lust verlieren, die nächste Vorstellung zu besuchen. Die Ursachen, die so unerquickliche Aufführungen zutage fördern, seien in jedem Verein dieselben. Vor allen Dingen habe das oberflächliche Proben daran Schuld. ... Wenn dann der Spieltag all zu nahe herangerückt sei, werden die Proben in aller Hast betrieben; es wird nicht darauf geachtet, ob die Sätze richtig gesprochen werden, welcher Sinn hineingelegt wird, und so kommt es denn vor, daß das Stück vollständig verhunzt wird und das Publikum unbefriedigt nach Hause geht.“¹³ Um diese Mängel abzustellen, beschloß man im DATB die Gründung einer Theaterschule. „Als die Berliner Theaterschule des DATB am 5.6.1912 im Charlottenburger Volkshaus eröffnet wurde, waren 70 Interessenten erschienen. Zum Leiter der Kurse hatte der Vorstand Walkotte bestimmt. Am ersten Abend erläuterte er seine Vorstellungen von den Aufgaben der Kurse: *Die von der Natur gegebene Persönlichkeit soll ... geformt, gebildet und zur Versinnlichung des Dichtergebildes fähig gemacht werden.* Das sollte an 11 Abenden gelingen, an denen doch wohl bestenfalls einige Grundkenntnisse der Schauspieltechnik erläutert werden konnten. Die Kosten für die Schulung, zwei Mark, mußten von den Teilnehmern aufgebracht werden. 50 Teilnehmer des Eröffnungsabends meldeten sich fest für den Kurs an, von denen aber zum

13 Die Volksbühne, Nr.1, Oktober 1909

14 Peter v. Rügen, Sozialdemokratisches Arbeitertheater, Frankfurt/M 1973, p. 207.
Vgl. dazu auch: Ralf Zünder, Szenen und Stationen der Charlottenburger Theatergeschichte, in: Reiner Matzker (Hrsg.), Charlottenburger Welttheater. Berlin 1993, p. 45 s

15 Bauakte Rosinenstraße 4

Ende des Schulungsprogramms, nach zehn Abenden, *kaum ein Dutzend* übrig blieben. Selbst für die Vereine in Berlin und Umgebung waren die Entfernungen zu groß und die Verkehrsverbindungen zu schlecht; eine sinnvolle Terminplanung und eine günstige Anfangszeit fand man nicht. Eine Gruppe von Kursteilnehmern konnte sich immer nur unvollständig am Programm des Abends beteiligen. Das Projekt einer Theaterschule des DATB scheiterte.“¹⁴ Und mit dem Scheitern dieses Projekts war auch fast schon die Todesstunde für die Veranstaltungsräume des Volkshauses eingeläutet. Schon 1906 hatte die Allgemeine Ortskrankenkasse (AOK) den Antrag gestellt, ihre Büroräume erweitern zu dürfen, dem auch stattgegeben wurde. 1921 erwarb die Konsum-Genossenschaft für Berlin und Umgebung das Grundstück Rosinenstraße 4 (zwischenzeitlich hatte sich die Numerierung geändert) mit seinen Gebäuden. Am 21. Mai 1921 reichte sie folgenden Antrag ein: „Dem Herrn Polizeipräsidenten von Charlottenburg überreichen wir in der Anlage 5 Blatt Zeichnungen und 1 stat. Berechnung in zweifacher Ausfertigung, betr. die Einrichtung eines Warenhauses im Saalgebäude des früheren Volkshauses in Charlottenburg, Rosinenstraße 4, mit der Bitte um wohlwollende Prüfung der Vorlage und recht baldige Genehmigungserteilung.“¹⁵ Am 22. Oktober 1921 wurde der Rohbau abgenommen und Ende November das Warenhaus eröffnet. Damit war die Geschichte des Volkshauses als einer Kultur- und Versammlungstätte der Charlottenburger SPD beendet. Die Partei und einige ihrer Organisatio-

nen, so die „Jungsozialistische Vereinigung“, behielten zwar noch Büroräume im Volkshaus, aber Veranstaltungen der unterschiedlichsten Art wie früher sollten hier nicht mehr stattfinden.

Das ehemalige Volkshaus der SPD als „wildes“ Konzentrationslager

Am 30. Januar 1933 wurde vom Reichpräsidenten Hindenburg Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannt. Aus diesem Anlaß veranstaltete die SA einen stundenlangen Fackelzug durch Berlin. Auf dem Rückmarsch zu seinem „Sturmlokal“ *Zur Altstadt* in der Hebbelstraße 20 machte der Charlottenburger SA-Sturm 33, der „Mordsturm 33“, einen Umweg durch die Wallstraße (heute Zillestraße), einer Hochburg der Charlottenburger Arbeiterbewegung. Während seines Zugs durch die Wallstraße kam es zu einer Straßenschlacht mit den Anwohnern, in deren Verlauf der Schutzmann Zauritz und der Führer des Sturmes, Maikowski, unter nie ganz geklärten Umständen erschossen wurden.¹⁶ Schon einen Tag später wurden verstärkt Razzien der SA in der Wallstraße und der näheren Umgebung durchgeführt und viele Bewohner verhaftet. Zauritz und Maikowski erhielten ein Staatsbegräbnis und eine Gedenktafel an der Todesstelle, außerdem wurde die

16 Vgl. hierzu :
Oskar Hippe, ...
und unsere
Fahne ist rot.
Hamburg 1979;
Jan Petersen,
Unsere Straße.
München 1978;

Marie-Luise
Kreuter, Der
rote Kiez.
„Kleiner Wed-
ding“ und Zille-
straße. In: Ge-
schichtsland-
schaft Berlin.
Orte und Ereig-
nisse. Bd. 1.
Hrsg. von
Helmut Engel et
al., Charlotten-
burg Teil 1 Die
historische
Stadt. Berlin
1986, pp. 158-177
sowie Heinrich-
Wilhelm Wör-
mann, Wider-
stand in Char-
lottenburg, Berlin
1991, pp. 52-56
und „Schon
damals fingen
viele an zu
schweigen“.
Quellensammlung
zur Geschichte
Charlottenburgs
von 1933 - 1945.
Hrsg. v. Bezirks-
amt Charlotten-
burg, Abteilung
Volksbildung.
pp. 30-31

Wallstraße in Maikowskistraße umbenannt. Auch das ehemalige Volkshaus sollte von der SA nicht verschont werden. Am 18.3.1933 wurde es von der Polizei durchsucht und nach Beschlagnahmung von Druckschriften wieder freigegeben. Ende März besetzte der SA-Sturm 33 dann das Volkshaus. Jan Petersen schreibt dazu: „Der SA-Sturm 33 hat sich dicht vor der Wallstraße einquartiert. Er hat das Charlottenburger Volkshaus besetzt. Es liegt nur wenig mehr als hundert Meter von unseren Häusern entfernt. Im Haus Rosinenstraße vier. ... Es sei, als ob dort plötzlich ein unsichtbares Schild: *Achtung! Gesperrtes Gebiet!* über der Straße hänge. Die Fußgänger meiden die Rosinenstraße. Abends sehen die Häuser rings wie unbewohnt aus. Fast nirgends brenne Licht. Die SA hätte abends schon Passanten angehalten, die nachweisen mußten, daß sie dort wohnen. ... Ich sehe mich vorsichtig um, gehe langsam über den Fahrdamm, in die Rosinenstraße hinein. ... Dort drüben das Volkshaus, Nummer vier. Ein SA-Doppelposten steht vor der breiten Toreinfahrt. ... Ich kann durch den Torweg ein Stück vom Hof sehen. Dort stehen Fahrzeuge. Links vom Tor ist eine Niederlage der Konsumgenossenschaft. Kein Käufer ist zu sehen. ... Das Volkshaus geht noch mit scharfem Knick rechts in eine Sackgasse hinein. Die Räume der Ortskrankenkasse sind im Erdgeschoß, sonst wohnen in dem ganzen Haus ausschließlich sozialdemokratische Genossen. Die Parolen auf dem Hausgiebel links in der Sackgasse hat die SA übermalt. ... Das Charlottenburger Volkshaus – SA-Kaserne! *Dieser marxistische*

Schweinstall wird zuerst ausgemistet, haben die Nazis früher schon immer erklärt. Maikowski-Haus haben sie es getauft. Die vergitterten Keller im Hof sollen mit Verhafteten gefüllt sein. Was hat das Volkshaus schon gesehen! Lange vor dem Kriege tagten hier sozialdemokratische Parteiversammlungen. 1918 waren heimgekehrte Truppen einquartiert. In den Revolutionstagen standen auf dem Hof Gewehrpyramiden der republikanischen Volks- und Einwohnerwehren... Nun ist das Volkshaus die Kaserne der 33. Das Volkshaus – Maikowski-Kaserne! Heute ist unser aller Leben bedroht.“¹⁷

In den Kellern des Volkshauses richtete die SA ein „wildes“ Konzentrationslager ein. Hier wurden vor allem mittlere und untere Funktionäre der KPD, SPD und der Gewerkschaften festgehalten und gefoltert. Mindestens vier der Gefangenen wurden dort ermordet. Andere starben an ihren Verletzungen im KZ Columbia-Haus im Bezirk Tempelhof.¹⁸ Im Gefolge der Konsolidierung der NS-Herrschaft wurde der „wilde“ Terror der SA in den Augen des Regimes überflüssig. In der Zwischenzeit hatte man sich mit der Gestapo ein wesentlich effektiveres Instrument zur Verfolgung politischer Gegner geschaffen. Mit der „Verstaatlichung des Terrors“ wurde das Volkshaus als Folterstätte überflüssig. Im November 1933 sollen hier die letzten festgehaltenen politischen Gefangene gefoltert worden sein.¹⁹

17 Jan Petersen, ebenda p. 81 ss

18 Vgl hierzu Helmut Bräutigam/Oliver C. Gliche, Nationalsozialistische Zwangslager in Berlin I. Die „wildes“ Konzentrationslager und Folterkeller 1933/34, p. 155 und Bracher/Schulz/Sauer, Die nationalsozialistische Machtergreifung. Bd. 3, Wolfgang Sauer, Die Mobilmachung der Gewalt. Berlin 1974, pp. 194-275 (Die SA - Terrorinstrument oder Revolutionsarmee?)

19 Bräutigam et al., ebenda

Das ehemalige Volkshaus nach 1933

Über das, was in den 10 Jahren geschehen ist, die das ehemalige Volkshaus noch erleben sollte, bis es im November 1943 durch einen Bombenangriff zerstört wurde, ist leider nicht viel bekannt. Die Konsum-Genossenschaft für Berlin und Umgebung, die Eigentümerin des Hauses, wurde in die Liquidation getrieben. Sie mußte ihre Verkaufsstellen und das Warenhaus aufgeben. 1936 eröffnete der Schausteller Max Döring im Saalgebäude eine Sporthalle für Box- und Ringkämpfe, und ein Herr Willi Edling erhielt die Erlaubnis, dort eine „Zwergenschau“ zu zeigen. Ein Jahr später eröffnete das Lebensmittelgeschäft Butterhaus Robert Hoffmann in den ehemaligen Räumen der Konsumgenossenschaft seine Zentrale. Am 26.9.1939 verkaufte die Konsum-Genossenschaft das Grundstück samt der Gebäude an die A. Feldmann & Co GmbH, die ein Spezialhaus für Automobil-Ersatzteile einrichtet. Bereits 1938 wurde die Rosinenstraße in Gatschkestraße umbenannt. Herbert Gatschke, der zum SA-Sturm 33 gehörte, war am 29. August 1932 bei Auseinandersetzung der SA mit Kommunisten in den Hohenzollern-Festsälen in der Berliner Straße getötet worden. Anlässlich der Straßenumbenennung wurden auch die Häuser umnummeriert. Aus dem Haus Rosinenstraße 4 wurde Gatschkestraße 6. 1958 verkaufte die A. Feldmann & Co. GmbH das Grund-

stück an das Bezirksamt Charlottenburg. Am 2. Mai 1961 beantragt der neue Eigentümer, das Schulamt Charlottenburg, die Abräumung des Grundstücks Loschmidtstraße 6 (die Gatschkestraße wurde am 31.7.1947 nach dem österreichischen Physiker und Chemiker Joseph Loschmidt umbenannt). Heute befindet sich dort, wo einst das Volkshaus, „die Zierde der Charlottenburger SPD“ stand, ein Verkehrserziehungsplatz der Jugendverkehrsschule.

Bibliographie

Ungedruckte Quellen

- Bauakte, Rosinenstraße 3, Landesarchiv Berlin

Zeitschriften

- Die Bauwelt, Heft 38, Berlin 1917
- Blätter für Volksgesundheitspflege, Heft 6, 1928
- Deutsche Architektur, Berlin (O) 1964
- Deutsche Bauhütte, Heft 10, Hannover 1906
- Form und Zweck, Heft 2, Berlin (O) 1979
- Die Neue Zeit
- Die Volksbühne. Organ des Bundes der Arbeitertheater-Vereine Deutschlands, Charlottenburg 1908-1914
- Vorwärts, Zentralorgan der SPD, Berlin 1902-1933

Benutzte Literatur

- H. Albrecht (Hrsg.), Handbuch der sozialen Wohlfahrts-
pflege in Deutschland. Volksheime und Vereinshäuser.
Berlin 1902
- Bezirksamt Charlottenburg v. Berlin, Abteilung Volks-
bildung (Hrsg.), „Schon damals fingen viele an zu schwei-
gen“. Berlin o.J.
- Harald Dehne, Freizeithäuser der Arbeiterklasse als
kulturelle Kraftzentren. In: Mitteilungen aus der kultur-
wissenschaftlichen Forschung Nr. 9 der Humboldt-Uni-
versität. Berlin 1981

- Robert v. Erdberg, Ein Volkshaus Berlin-Ost. Berlin 1919
- Oskar Hippe, „... und unsere Fahne ist rot“. Hamburg 1979
- Heinz Hopfgarten, Volkshäuser in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Leipzig 1965
- Marie-Luise Kreuter, Der rote Kiez. „Kleiner Wedding“ und Zillestraße. In: Geschichtlandschaft Berlin. Orte und Ereignisse. Bd. 1. Hrsg. v. Helmut Engel et al., Charlottenburg Teil 1. Die historische Stadt. Berlin 1986
- Internationales Handbuch des Gewerkschaftswesens. Berlin 1931
- Lexikon der Kunst. Leipzig 1978
- Heinz Marohn, Das Volkshaus – Teil der Kulturorganisation des Proletariats. In: Mitteilungen aus der kulturwissenschaftlichen Forschung Nr. 5 der Humboldt-Universität. Berlin 1979
- Wolfgang Nies, Volkshäuser, Freizeitheime, Kommunikationszentren. Zum Wandel kultureller Infrastruktur sozialer Bewegung. Beispiele aus deutschen Städten von 1848 bis 1984. Hagen 1984
- Jan Petersen, Unsere Straße. München 1978
- Peter v. Räden, Sozialdemokratisches Arbeitertheater (1848-1914). Frankfurt/M. 1973
- Wolfgang Sauer, Die Mobilmachung der Gewalt. Berlin 1974

- H.-W. Wörmann, Widerstand in Charlottenburg. Berlin 1991
- Clara Zetkin, Kunst und Proletariat. Stuttgart 1911
- Ralf Zünder, Szenen und Stationen der Charlottenburger Theatergeschichte bis 1920. In: Reiner Matzker (Hrsg.), Charlottenburger Welttheater. Berlin 1993